

awblog.at ist die digitale Ergänzung zur Printausgabe der „Arbeit&Wirtschaft“. Frisch gebloggt zeigt die Highlights.

Radikal oder symbolisch? Arbeitsmarktpolitik in Schwarz-Blau

Dennis Tamesberger und Christine Stelzer-Orthofer

Die österreichische Regierung spricht von „Arbeitsanreizen“, von „Durchschummlern“, von „Wer arbeiten geht, darf nicht der Dumme sein“ und von „Kopftuchverboten“. Mit dieser symbolischen Politik verschleiern sie den eingeleiteten radikalen Umbau in der Arbeitsmarktpolitik.

Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes stehen gleichermaßen im Fokus der Regierungspolitik wie der Rückbau von konkreten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Strukturen sowie die Reduzierung von monetären Transfers. All diese Bereiche sind miteinander verwoben und tragen zu einer Machtverschiebung in Richtung der Unternehmen bei. In diesem Sinne geht es nicht um „weniger Staat“, sondern um einen Umbau des Sozialstaates zum Zweck der Umverteilung nach oben. Offen zugegeben wird dies freilich nicht, vielmehr benennt die Regierung vermeintlich Schuldige, nämlich MigrantInnen, Flüchtlinge, Arbeitslose und „Durchschummler“, um den Um- und Rückbau sozialer und arbeitsrechtlicher Sicherung zu rechtfertigen und zu verschleiern.

Lesen Sie mehr:
awblog.at/arbeitsmarktpolitik-schwarz-blau/

Neue Mindestsicherung verschärft Frauenarmut

Manuela Wade

Die Bundesregierung hat einen Gesetzesentwurf zur Umgestaltung der Mindestsicherung vorgelegt. Doch schon die Umbenennung zeigt, dass der Rückschritt regiert: Sozialhilfe statt Mindestsicherung wird jenes Recht nunmehr wieder heißen, das vor dem sozialen Sturz ins Bodenlose schützen soll. Besonders für Frauen bringt die Neuregelung zahlreiche Nachteile. Viele BezieherInnen der Mindestsicherung sind Frauen. Sie haben Betreuungspflichten für minderjährige Kinder, pflegen ihre älteren Angehörigen bzw. jene mit Behinderung(en) oder stocken ihre zu geringen Einkommen oder Pensionen auf.

Mehr Frauen als Männer sind auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen. Die Gründe: Frauen verdienen weniger und haben durch Leistungen bei Kinderbetreuung und Pflege kürzere Versicherungszeiten – dies wiederum hat zur Folge, dass ihre Sozialleistungen niedriger ausfallen. Das neue Gesetz sieht jedoch keine Mindeststandards bei der Leistungshöhe mehr vor. Das bedeutet: Nach unten gibt es kein verlässliches soziales Netz mehr.

Lesen Sie mehr:
awblog.at/mindestsicherung-verschaerft-frauenarmut/

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:

awblog.at

Sie finden uns auch auf Facebook & Twitter
facebook.com/arbeit.wirtschaft & twitter.com/AundW